



Innenausschuss

94. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Petra Tschanter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Reichsbürgerbewegung in Nordrhein-Westfalen (s. Anlagen 1 und 2) | 7 |
| | Bericht der Landesregierung | |
| | – Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet und beantwortet Fragen. | 7 |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) | 23 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500 | |
| | Vorlage 16/4225 (Erläuterungsband) | |
| | Einzelberatung im Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses:
Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales | |
| | – Der Ausschuss führt die Einzelberatung zum Einzelplan 03 durch. | 23 |

- 3 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 37**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363
- (Ausschussprotokoll 16/1458)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss schließt seine Beratungen ab und gibt kein Votum an den federführenden Ausschuss ab. 37
- 4 Lobbyismus transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW 40**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11414
- (Ausschussprotokoll 16/1416)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Der Ausschuss stellt die Beratung zurück.
- 5 Entwurf einer Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV) 41**
- Vorlage 16/4239
Vorlage 16/4319
- Anhörung des Ausschusses –
 - Der Ausschuss führt die Anhörung zur Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung durch. 41

6 Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern **44**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9512

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9512 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

7 Aus der Vergangenheit lernen: Nordrhein-Westfalen muss sich der politischen Verantwortung als Aufnahmeland stellen! **45**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9588 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/1264

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9588 Neudruck mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

8 Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren – Gesetzentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbringen **46**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10076 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10158

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/10076 Neudruck, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/10158, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

9 Informationsfreiheit darf nicht an der Universitätstür Halt machen! – Landesregierung muss endlich für Transparenz sorgen 47

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9589

Ausschussprotokoll 16/1265

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/9589 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ab.

10 Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen 48

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060

Vorlage 16/3530

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/10060 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

Innenausschuss

27.10.2016

94. Sitzung (öffentlich)

Ts

11 Informationsfreiheit schützen – Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen (s. Anlage) 49

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag – Tischvorlage – wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 16/11290 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

12 Digitale Gefahrenabwehr – Sicherheitslücken entdecken und schließen 50

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13033

– Der Ausschuss bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht. 50

13 Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Kommunen zu Geobasisdaten und dem OpenGovernment-Pakt (s. Anlage) 51

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4364

– Der Ausschuss berät den Bericht der Landesregierung. 51

14 NRW-Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze Fußballsaison 2015/16 53

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4365

– Der Ausschuss diskutiert den vorliegenden Bericht der Landesregierung. 53

15 Aktueller Sachstand der Beseitigungsarbeiten bezüglich Fallen und Sperrern im Hambacher Forst (s. Anlage) 56

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4372

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

16 Anpassung der Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVOPol) an die EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4371

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

17 Sachstand zu Konzepten und Erfolgen in der Bekämpfung von Geldautomatensprengungen in NRW (s. Anlage) 58

Bericht der Landesregierung

- Minister Ralf Jäger (MIK) und Vertreter der Landesregierung berichten und beantworten Fragen. 58

18 Verschiedenes 66

- In der Sitzung am 24. November 2016 wird eine Anhörung zur Novelle des Flüchtlingsgesetzes durchgeführt. 66
- (Die nächste Sitzung ist für den 3. November 2016 terminiert.) 66

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/12500

Vorlage 16/4225 (Erläuterungsband)

Einzelberatung im Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses:
Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

(wörtlich auf Wunsch der CDU-Fraktion)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir hatten uns darauf verständigt, in der heutigen Sitzung die Einzelberatung zum Haushalt vorzunehmen.

Die Abschlussberatung und Abstimmung zum Einzelplan 03 – auch zu etwaigen Änderungsanträgen der Fraktionen – ist gemäß Absprache im Obleutekreis im Rahmen einer zusätzlichen Sitzung am 3. November 2016 – nach Ende der Anhörung zu dem PIRATEN-Antrag „Handlungskonzept zur Prävention von Radikalisierungen“ – vorgehen.

Kommen wir nun zur Einzelberatung: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rege an, dass Sie Ihre Fragestellungen an der aufsteigenden Reihenfolge der Haushaltskapitel orientieren, wenn es Fragen oder Anregungen gibt. – Herr Kruse!

Theo Kruse (CDU): Ich habe einige wenige Nachfragen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns einig darin, dass der Bedarf an Sicherheit und Ordnung wächst, sowohl weltweit als auch in Deutschland und natürlich auch in Nordrhein-Westfalen. Betrachtet man die Haushaltsansätze im Verlaufe des letzten Jahres, muss man den Eindruck gewinnen, die Landesregierung bedient diesen Bedarf.

(Zuruf von der SPD: Den Eindruck kann man haben!)

Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hatten wir 2010 ein Ausgabevolumen von circa 5 Milliarden €, und jetzt haben wir ein Ausgabevolumen von mehr als 8 Milliarden €. Man kann den Eindruck haben – das wird der Minister wahrscheinlich auch in der abschließenden Haushaltsdebatte verdeutlichen –, NRW sei auf der Höhe der Zeit.

(Beifall SPD)

Die Zahlen sind das eine, die Entwicklung ist das andere. Das haben wir heute Morgen in aus meiner Sicht ausreichender Deutlichkeit in der Anhörung zur Wohnungseinbruchskriminalität verdeutlicht bekommen. Die Stellungnahmen sprachen für sich, Herr Minister Jäger.

Zu den Haushaltspositionen einige kurze Nachfragen. Zum Bereich der Feuerwehr – auch hierzu hat es in den letzten Jahren immer wieder Nachfragen gegeben – zwei Fragen. Die Landeszuschüsse an die Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes

und der Hilfeleistung werden um gut ein Drittel reduziert, nämlich um circa 10 Millionen € auf 20,8 Millionen €. Ich weiß nicht so richtig, warum.

Die zweite Frage, die damit in Zusammenhang steht: Das Projekt Förderung des Ehrenamts bei den Feuerwehren wird um weitere 740.000 € auf dann nur noch 260 000 € gesenkt. Bereits im Jahr 2016 war eine deutliche Mittelkürzung um 1,7 Millionen € auf nur noch 1 Million € erfolgt. Im Vergleich zum Jahr 2015 stellt also das Land im Jahr 2017 nicht einmal mehr ein Zehntel der Mittel zur Förderung ehrenamtlicher Feuerwehrtätigkeit zur Verfügung. Ich frage nach: Warum ist das so?

Zwei ergänzende Fragen noch! Die Verwaltungsausgaben – wir haben vorhin vom Verfassungsschutz gesprochen – werden verdoppelt. Einverstanden! Darf man nachfragen: Auf welche konkreten Maßnahmen verteilen sich diese Ausgaben?

Weitere Frage: Wie schlüsselt sich das um 91 Stellen erhöhte Planstellensoll bei den fünf Bezirksregierungen genau auf? – Vor vielen Jahren haben wir einmal von ganz anderen Abläufen gesprochen. Können Sie die Verwaltungsbereiche bei den fünf Bezirksregierungen benennen, bei denen diese Erhöhung des Planstellensolls erfolgt?

Das Planstellensoll bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung wird um zehn Stellen erhöht. Woraus resultiert dieser Stellenzuwachs, und welche konkreten Aufgaben werden durch dieses Personal wahrgenommen?

Eine letzte Frage: Im Kapitel über IT NRW wird ein Betriebskostenzuschuss von plus 5,8 Millionen € in Ansatz gebracht, der mit der Durchführung von IT-Aufgaben für die Präsidentin des Landtags begründet wird. Das erstaunt mich. Was ist damit konkret gemeint? – Das sind meine Fragen.

Thomas Stotko (SPD): Konkrete Fragen habe ich nicht, eher ein paar Anmerkungen, die sich auf den Kollegen Kurse beziehen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, wie enorm der Einzelplan 03 angestiegen ist. Das sind eben Daten und Fakten. Man kann nicht nur die Annahme machen. Die Daten und Fakten sind gegeben. Wir geben wesentlich mehr Geld für innere Sicherheit aus, als das noch zu Ihrer Zeit gewesen ist. Ich will aber pflichtschuldig sagen, dass das auch mit dem Kapitel Asyl und Flüchtlinge zusammenhängt. Das ist eine größere Mehrung des Betrages, der nichts mit der Frage der inneren Sicherheit zu tun hat. Dennoch haben wir seit der Regierungsübernahme, also seit 2010, allein das Kapitel für die Polizei um 20 % gesteigert, nämlich von 2,5 Milliarden € auf über 3 Milliarden €. Das investieren wir in die Polizei in Nordrhein-Westfalen. Davon können sich andere Länder bei Weitem eine Scheibe abschneiden. Sie weisen ja immer gern auf Ländervergleiche hin. Viele andere Länder haben ihre Ausgaben für die Polizei in den letzten Jahren – blickt man nicht nur auf die letzten beiden Jahre – abgesenkt.

Ich will daran erinnern, auch wenn das jedes Jahr erneut wehtut, dass wir erstmals in diesem Jahr 2.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter zur Ausbildung einstellen. Das heißt, wir haben die Anzahl der Einstellungsermächtigungen im Vergleich zu Ihrer Zeit entweder verdreifacht – bei 700 – oder fast verdoppelt – bei 1.100. Das ist eine Veränderung.

Herr Kollege Kruse, Sie winken ab. Aber in den fünf Jahren unserer Regierungszeit haben wir doppelt so viele Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Das bleibt weiterhin richtig. Das stärkt die innere Sicherheit nicht nur durch Sachmittel, sondern auch durch Personal.

Ich würde gern ein weiteres Beispiel bringen, das Ihre Fraktion, vor allem aber die FDP im Unterausschuss Personal in den letzten Monaten immer zum Thema gemacht hat, nämlich einen Baustein des 15-Punkte-Programms, die 500 Stellen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ihre Lebensarbeitszeit verlängern. Sie waren der festen Auffassung, das würde nicht funktionieren, die kämen nicht zusammen, das würde nichts bringen. Ich will Sie daran erinnern, dass bis jetzt über den Daumen bereits 150 Verträge abgeschlossen wurden und noch in diesem Jahr 500 Verträge abgeschlossen werden. Das heißt, diese 500, von denen Sie glaubten, die würden sich gar nicht bereit erklären, länger zu arbeiten, bleiben länger im Dienst. – Auch dieser Teil des 15-Punkte-Programms, dieser Teil des Haushalts zieht.

Von den 700 neuen Stellen, die wir insgesamt im Einzelplan etatisieren, sind 100 für die Lebensarbeitszeitverlängerung. Auch das ist ein positives Beispiel von Dingen, die eine Landesregierung selber machen kann.

Bei der Ausstattung der Polizei will ich nicht nur darauf hinweisen, dass die von Herrn Golland – er ist gerade draußen – gern diskutierten Westen und auch andere Schutzausrüstung angeschafft werden, auch so zeitnah, wie es andere Länder können, dass wir noch einmal 500 Millionen € mehr in die Hand nehmen für Funkstreifenwagen und 13 Millionen € zur Terrorabwehr. Das sind alles Beträge, die man erst einmal auflisten muss, die man zusammenbekommen muss.

Zu guter Letzt: Die Kollegen Lohn, Schatz und ich durften gestern an einer Veranstaltung teilnehmen. 60 Millionen € in neue Hubschrauber zu investieren, ist eine gute Investition. Zumindest haben wir drei das gestern festgestellt. Damit lassen wir die Polizei nicht nur mit Funkstreifenwagen moderner fahren, sondern wir lassen sie auch moderner fliegen. So schlecht ist das auch nicht.

Ihre Nachfrage zum Feuerschutz, Kollege Kruse, wird die Regierung beantworten. Dass wir insgesamt 5 Millionen € beim Projekt FeuerwEHRENSACHE kürzen, ist nicht der Fall. Wir haben die Beträge unterschiedlich gestreckt, weil wir unterschiedlich angeschafft haben. Die Anschaffung der MLF, der Mittleren Löschfahrzeuge, hat sich verzögert, weil der Auftragnehmer nicht so liefert, wie man wollte.

Ich will nur sagen: Allein beim Feuerschutz investiert das Land Nordrhein-Westfalen – also nicht kommunale Aufgabe – 6 Millionen € in neue Fahrzeuge.

Wir investieren im Übrigen auch: Im Rahmen des BHKG gibt es 13 neue Stellen zur Umsetzung und Kontrolle all dessen, was wir im BHKG geklärt haben.

Das alles sind Punkte, die man als Erfolgsbilanz dieses Haushaltes gern einmal auflisten darf.

Ich will nicht verschweigen, dass das recht aktuelle E-Government-Gesetz in diesem Haushalt mit fast 25 Millionen € etatisiert ist. Auch das ist eine Modernität dieser Landesregierung.

Letztlich, damit es nicht untergeht – ich habe gerade schon darauf hingewiesen –: Wenn wir uns den Bereich Flüchtlinge/Asyl anschauen, stellen wir fest, wir tun etwas, was andere Länder nicht tun. Ich halte es im Ergebnis für richtig, was die Landesregierung macht, nämlich die Verstärkung der Mittel sowohl für die freiwillige Ausreise – 2 Millionen € mehr – als auch die Verstärkung der Mittel für Sozialberatung – plus 9,5 Millionen €.

Das sind Punkte, mit denen wir deutlich machen: Wir kümmern uns um die Menschen, die hier teilweise traumatisiert hergekommen sind, für die das, wenn wir das nicht machen, keiner machen könnte.

Wir bleiben auch dabei, konsequent Ausreisen durchzuführen, wofür übrigens die Kommunen zuständig sind. Wir halten weiterhin daran fest, dass das Fördern der freiwilligen Ausreise der richtige Weg ist.

Insgesamt ein sehr guter Landeshaushalt, der letzte, der in dieser Legislaturperiode aufgestellt werden wird. Ich bin mir sicher: In den nächsten fünf Jahren wird es unter SPD-Führung weiter gute Haushalte geben. – Danke.

Werner Lohn (CDU): Wir reden jetzt über den Haushalt; das ist normal. Das Werk ist aber noch ziemlich unvollständig. In dem eben zitierten Unterausschuss Personal wurde am Dienstag bei vielen Fragen immer wieder darauf verwiesen, dass noch eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt kommt. Sie sei noch in der Ressortabstimmung. Vielleicht kann der Minister gleich darauf eingehen, inwiefern die Ergänzungsvorlage den Einzelplan 03 betrifft. Das müsste jetzt schon möglich sein. Ansonsten diskutieren wir im luftleeren Raum.

Zu den Äußerungen von Herrn Stotko, auch teilweise aus dem Unterausschuss Personal! Sie haben die einmalige Gelegenheit genutzt, daraus zu zitieren, weil Sie wissen, dass dort kein Protokoll geführt wird, denn Ihre Zitate waren leider falsch.

Es gibt bisher ungefähr 100 Lebensarbeitszeitverlängerungen, die vertraglich abgesichert sind, und es gibt 400 Interessensbekundungen. Dass man gut herangeht und guter Hoffnung ist, für den Rest des Jahres noch mehr Verträge abzuschließen, will ich gern konstatieren. Es sind aber bisher nur 100 unterschriebene Verträge. Bisher sind es leider Gottes nicht mehr.

Noch einmal aus dem Unterausschuss Personal! Ich habe es da schon angesprochen. Wahrscheinlich wird die Antwort keine andere sein. 100 Stellen sind zur Verstärkung der Polizei insbesondere in den ländlichen Räumen vorgesehen. Genau diese Stellen, 100 Stellen für den ländlichen Raum, werden 2020 kw-gestellt.

Vorgestern konnte die Frage nach der Personalstärkenentwicklung im Bereich der Polizei nicht beantwortet werden. Ich gehe davon aus, dass das heute möglich ist. Ist es nicht so, dass gerade ab 2020 die Personalstärke innerhalb der nordrhein-westfälischen Polizei heruntergeht? Dass zum gleichen Zeitpunkt die Stellen kw-gestellt werden, die den ländlichen Raum unterstützen, halte ich zumindest für bedenklich.

Interessant sind die Ergänzungsvorlage und das, was für uns noch darin steht.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Wir hätten gern noch einige Erläuterungen. Mit Blick auf die Uhr sage ich, dass wir kein Problem hätten, wenn wir das schriftlich bekämen. Im Erläuterungsband haben wir nicht en detail dargestellt bekommen, wo die Gelder für die entsprechenden Maßnahmen verankert sind. Deswegen hätten wir gern die entsprechende Darstellung für den Bereich Bekämpfung Einbruchskriminalität, für den Bereich Salafisten/Islamisten inklusive der Sachausstattung Terror, für den Aufbau von neuen mobilen Einsatzkommandos in Nordrhein-Westfalen, für den Aufbau von vier neuen Einsatzzügen bei der Bereitschaftspolizei und für die Stärkung des Wach- und Wechseldienstes und der Kripo.

Die Frage nach den möglicherweise wegfallenden kw-Stellen hat Herr Lohn bereits angesprochen. Auch da würden wir gern wissen, warum das insgesamt 1.609 kw-Stellen sind. – Das wäre von unserer Seite zunächst mal der Punkt, was die Erläuterungen angeht.

Wir würden zudem gern wissen, inwiefern sich das Programm des 15-Punkte-Papiers der Landesregierung als Folge der Silvestervorkommnisse auswirkt, an welchen Stellen das verankert ist. Auch das hätten wir gern noch erläutert. – Danke schön.

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich möchte nicht alles wiederholen, was der Kollege Stotko gerade schon gesagt. Ich möchte nur auf ein paar Punkte eingehen.

Ich beginne mit der Feuerwehr. Herr Kruse hat nach der Reduzierung der Mittel gefragt. Es sind die 5 Millionen € Projektmittel, die wir veranschlagt hatten, für die es keine gleichmäßige Verteilung, sondern unterschiedliche Höhen pro Haushalt gab. Am 5. November, also am Samstag, wird die Image- und Werbekampagne der Feuerwehr gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren in Telgte beim IdF vorgestellt. Ich war bei vielen Veranstaltungen des Projektes FeuerWERHENSACHE da und fände es super, wenn am nächsten Samstag noch ein paar Kolleginnen und Kollegen dabei wären. Ich finde wirklich, dass das ein gutes Projekt ist und wir die Wertschätzung gegenüber den Feuerwehren deutlich machen sollten.

Zum Thema Polizei ist schon viel gesagt worden. Ich möchte aus grüner Sicht sagen, dass ich es wichtig finde, dass wir an der Höhe der Einstellungsermächtigung festhalten, die wir für 2017 erhöht haben. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist vorgesehen, in den nächsten Jahren an diesen Erhöhungen festzuhalten. Ich finde das sehr wichtig. Das zeigt, dass wir hier einen Schwerpunkt setzen – genauso wie wir die Bereiche Ausrüstung und Ausbildung der Polizei angehen.

Für uns Grüne ein wichtiges Thema ist die Umsetzung des E-Government-Gesetzes. Dafür ist viel Geld veranschlagt, fast 25 Millionen € und viele Personalstellen. Für uns ist es wichtig, weil damit Verwaltungsvorgänge erleichtert werden, weil es bürger- und nutzerfreundlich ist und ich wirklich glaube, dass das ein guter und wichtiger Punkt ist, der in diesem Haushaltsentwurf verankert ist.

Nicht zuletzt gibt es das Kapitel Asyl – das hatte Herr Stotko schon dargestellt –, das noch einmal Aufwüchse erfährt. Ich glaube, es ist allen klar, warum. Für uns ist besonders wichtig, dass die Beratungsarbeit mit zusätzlichen Geldern berücksichtigt wird. Das ist der richtige Ansatz.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich muss einmal kurz anmerken: Wir haben bei uns einen kleinen Wettbewerb laufen, ob es tatsächlich in jeder Sitzung des Innenausschusses eine der beiden großen Fraktionen schafft, anzusprechen, wer wann wie viele Polizeibeamte eingestellt hat. Dieses Mal haben Sie es wieder geschafft. Herzlichen Glückwunsch!

Herr Stotko, Sie hatten eben das E-Government-Gesetz angesprochen, Frau Schäffer auch gerade. Bei der Verabschiedung des Gesetzes wurde auch ein rot-grüner Entschließungsantrag beschlossen. Darin wurde von einem Förderprogramm für die Kommunen gesprochen, das initiiert werden sollte. Meine Frage ist: Ist das jetzt schon irgendwo in den Haushalt eingearbeitet, oder bringen Sie selbst als rot-grüne Fraktion noch einen Änderungsantrag ein? Ich habe das aus dem Haushaltsentwurf noch nicht erkennen können. Ihr Entschließungsantrag verlangt ein Förderprogramm für die Kommunen. Ich gehe davon aus, dass das irgendwo veranschlagt ist. Ich wüsste gern, wo.

Zwei konkrete Fragen zum Kapitel 03 030, Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Der Titelantrag 546 11, Aufwendungen für Leistungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW und anderer Dienstleister, wächst sehr stark auf. Mich würde interessieren, wie man da ein bisschen Transparenz in dieses Konto hineinbekommt. Das kann auch schriftlich erfolgen. Das brauchen wir jetzt nicht im Einzelnen durchgehen. Das ist schon erheblich. Der Ansatz erhöht sich um mehr als 200 %.

Auf der Folgeseite sind in den Titeln 633 50 und 681 10 jeweils Einnahmen aus Rückforderungen aufgeführt. Mit Rückforderungen sind, denke ich, hier gemeint die Zahlungen an Kommunen in diesem Jahr, die auf Basis relativ hoher Flüchtlingszahlen von Anfang des Jahres basieren. Meine Frage zu diesen Rückforderungen, die im Moment errechnet werden müssten: Mit wie viel rechnen Sie da? Haben Sie da einen Zahlenwert?

Das wäre es im Moment. – Es kommt ja noch die Information vom Berichterstattegespräch.

Minister Ralf Jäger (MIK) Bevor Frau Steinhauer gleich Ihre Fragen beantwortet, möchte ich auf einige Punkte eingehen.

Herr Lohn, ich weiß nicht, ob ich Sie akustisch falsch verstanden habe, dass Sie davon ausgehen, dass die Stellenzahl bei der Polizei in den nächsten Jahren sinken werde. Das Gegenteil ist der Fall.

(Werner Lohn [CDU]: Ab 2020!)

– Nein! Wir haben Ihnen den Bericht von Professor Weibler mit den entsprechenden Berechnungen vorgelegt, dass mit den Einstellungszahlen, die wir jetzt haben, die bis 2023 in der mittelfristigen Finanzplanung verstetigt sind, der Personalkörper der Polizeivollzugsbeamten von jetzt etwas über 40.000 auf 41.000 anwachsen wird. Insofern bitte ich da um Richtigstellung.

Das Zweite ist Ihre Frage mit der Ergänzungsvorlage. Es ist nicht nur übliche Staatspraxis, sondern methodisch erforderlich, dass zwischen dem Zeitpunkt – –

(Unruhe)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Lohn, einmal zuhören!

(Werner Lohn [CDU]: Wir haben gerade über die Wahrheit gesprochen!)

Minister Ralf Jäger (MIK) Ihr Empfinden von Wahrheit vielleicht! – Wir senden Ihnen diese Unterlage gern noch einmal zu.

(Werner Lohn [CDU]: Wir haben sie doch!)

– Herr Lohn, ich glaube, ich habe das Wort! – Wir senden Ihnen diese Vorlage einfach noch einmal zu. Dann können Sie das noch einmal nachlesen.

Zur Ergänzungsvorlage, warum die nicht vorliegt! Es ist übliche Staatspraxis und methodisch auch erforderlich, dass zwischen dem Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung und der Beratung im Parlament rund sechs Monate liegen und damit natürlich auch Veränderungen in Haushaltsansätzen stattfinden müssen. Deshalb gibt es jährlich eine Ergänzungsvorlage. Was den Zeitpunkt der Vorlage anbetrifft: Sie ist in der Ressortabstimmung, aber noch nicht im Kabinett beschlossen. Insofern kann sie auch dem Parlament noch nicht vorgelegt werden.

Ich würde gern noch auf zwei Punkte eingehen, die mir hier genannt worden sind. Bei dem Projekt FeuerwEHRENSACHE wird nicht gekürzt. Wir haben, was den finanziellen Aufwand angeht, was den Zeitraum angeht, hier im Ausschuss vorgestellt, dass klar war, dass wir dieses Projekt bis zum Ende dieser Legislaturperiode abgeschlossen haben wollen und in dieser Zeit die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel natürlich degressiv abschmelzen.

Ich schließe mich gern dem Wunsch von Frau Schäffer an, dass sich in Telgte am übernächsten Samstag, wenn das Projekt in Gänze vorgestellt wird, möglichst große Teile dieses Ausschusses beteiligen, weil ich glaube, dass das Projekt sehr gut angelegt ist. Wir haben nicht irgendeine Werbeagentur engagiert, die am grünen Tisch irgendetwas entwickelt, sondern wir haben das Projekt mit den Praktikern vor Ort über vier Jahre entwickelt. Das Resultat kann sich, ohne der Präsentation am 5. November vorgereifen zu wollen, wirklich sehen lassen.

Ich will gern auf die Fachhochschule eingehen und warum da zehn Stellen mehr sind. Wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, hatte die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, die bei uns ressortiert, im Jahre 2010 circa 4.200 Studierende. Zurzeit sind es etwas über 8.000 Studierende, und die Zahl der Studierenden wird mittelfristig auf über 10.000 wachsen. Das hat mit den deutlichen Mehreinstellungen bei der Polizei zu tun, aber auch damit, dass an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auch die Kommunalbeamten studieren. Dadurch, dass viele nicht mehr im Nothaushalt sind, haben sie die Gelegenheit, im Rahmen ihrer Personalbewirtschaftung mehr Studierende an die Fachhochschule zu senden. Eine solche große Steigerung der Zahl der Studierenden muss sich natürlich auch bei der Zahl der Lehrenden abbilden.

Ich kündige jetzt schon an, dass wir vermutlich im Haushalt 2017 oder 2018 an den Standorten schlichtweg auch in Steine werden investieren müssen. Zurzeit federn wir

diesen Anstieg der Zahl der Studierenden mit vielen Provisorien ab, beispielsweise mit Container-Lösungen am Standort in Mühlheim. Das ist aber auf Dauer nicht tragfähig. Wir werden an dem einen oder anderen Standort tatsächlich auch Geld in die Hand nehmen müssen, um weitere Gebäude für die Studierenden und Lehrenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung zu bauen.

Jetzt bitte ich Frau Steinhauer, das Ganze noch zu ergänzen.

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie sprachen an das Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung.

(Zuruf: Dazu ist eben schon einiges gesagt worden!)

– Genau, dazu ist eben schon einiges gesagt worden! Sie sprachen aber auch die Landeszuschüsse an Gemeinden an, bei denen man, wenn man sich den Haushaltsansatz anschaut, zu dem Schluss kommen kann: Sie sinken. – Aber in den Erläuterungen ist genau aufgezeichnet, wie sich dieser Betrag ergibt. In dem letzten Satz der Erläuterungen steht, dass die Investitionspauschale unter Inanspruchnahme des Ausgaberestes aus dem Haushaltsjahr 2016 in bisheriger Höhe gewährt wird. – Das sind die 35 Millionen €, die jedes Jahr gewährt werden. Insofern verändert sich für die Kommunen nichts. Es gibt Ausgabereste, aus denen das bezahlt wird. Das ist im Übrigen ein Verfahren, das in den ganzen letzten Jahren so durchgeführt worden ist.

Zu den Verwaltungsausgaben! Ich setze die Verwaltungsausgaben einmal gleich in meine Sprache des Sachhaushaltes. Der Sachhaushalt hat viele Punkte, in denen investiert wird. Das kann man aus dem Erläuterungsband auf Seite 8 entnehmen. Da sind große Posten für IT und Kommunikation der Polizei. Es ist im Bereich Asyl eine Verstärkung. Es gibt dort auch einen Verstärkungstitel. Da sind viele Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen. Da sind Investitionen zu tätigen. Also gibt es einen großen Bereich. Gleichwohl sinken über alles gesehen die Sachausgaben im Einzelplan um 15 %.

Bei IT NRW haben Sie den Betriebskostenzuschuss in Höhe von 5,8 Millionen € angesprochen. Mit dem Betriebskostenzuschuss wird ja „nur“ der Teil bei IT NRW finanziert, der quasi den staatlichen Bereich, Statistiken und dergleichen, betrifft. Der Großteil dieser Erhöhung bezieht sich auf den Zensus 2021 – das steckt in diesem Betrag drin – und die Besoldungs- und Tariferhöhungen.

Dann sprachen Sie im Bereich der Polizei die 100 Stellen im ländlichen Raum an. Zur Personalstärke für Polizeivollzugsbeamte, wie die Entwicklung zu sehen ist, hat der Minister ja schon etwas gesagt. Dass wir da eine kw-Befruchtung vorgenommen haben, hängt damit zusammen – ich habe es im Unterausschuss Personal schon einmal angedeutet –, dass wir versucht haben, einen Ausgleich zu bekommen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die erhöhten Einstellungsermächtigungen, die wir Jahr für Jahr vorgenommen haben, realisieren. Für diesen – wir denken: befristeten – Zeitraum brauchen wir eine Verstärkung durch Angestellte. Deswegen ist dort eine Befristung gesetzt worden.

Dann sprachen Sie an – ich glaube, Herr Lohn hat das angesprochen –: Wo findet man die einzelnen Bereiche der Polizeistärke im Wach- und Wechseldienst, Terrorabwehr? Diese ganzen Pakete sind mit dem zweiten Nachtrag 2016 verabschiedet worden. Ein Großteil dieser Sachen, die damals im zweiten Nachtrag 2016 verabschiedet wurden, haben natürlich Auswirkungen auf 2017, weil sie weiterhin Geld kosten.

Das bezieht sich zum einen auf Stellen, das bezieht sich zum anderen aber insbesondere auf Sachmittel. Ich nenne einmal Positionen: Bei den akuten investiven Bedarfen zur Terrorabwehr für den Wach- und Wechseldienst sind 7,5 Millionen € drin. Ich kann das weiter differenzieren. Das sind 2.500 Maschinenpistolen, 16.000 Magazine, 5.500 Magazinklammern. Die Schutzausstattung zur Terrorabwehr ist etatisiert im Kapitel der Polizei bei Titel 812 00.

Es ist nicht so ganz einfach zu finden, weil – es geht weiter – auch das andere Paket, Akute investive Bedarfe der Bereitschaftspolizei und der Alarmzüge, damals beschlossen worden ist. Es ist bei Titel 812 00 mit 7,2 Millionen € enthalten.

Es geht weiter mit Beschaffungsbedarfen zur Ertüchtigung der Polizei in der Terrorabwehr, also losgelöst. Das sind Einzelmaßnahmen, Observationsfahrzeuge, Schutzschilder für die Spezialeinheiten, Präzisionsschützengewehr und so weiter, auch alles etatisiert unter Titel 812 00. Insofern gibt es dort eine große Erhöhung, die man aber thematisch – wie ich es eben vorgenommen habe – aufschlüsseln kann. Insofern finden Sie dort auch die einzelnen Maßnahmepakete.

BLB, Titel 546 11, liefern wir Ihnen schriftlich.

Bei den Bezirksregierungen war nach den Verwaltungsstellen gefragt worden. Sie können aus dem Erläuterungsband die Aufschlüsselung insgesamt ansehen. Wir liefern Ihnen nach, wie viele und welche davon Verwaltungsstellen sind.

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich glaube, es ging nicht um die Aufschlüsselung Verwaltungsstellen, sondern generell, wo, in welchen Bereichen bei der Bezirksregierung. Wenn Sie die Stelle nennen könnten, würde das, glaube ich, reichen.

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Das reicht?

(Zuruf)

– Gut!

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Herrmann sprach eben die Fragen an, die noch aus dem Berichterstattergespräch offengeblieben sind. Die sind hier jetzt nicht angesprochen worden. Die werden noch nachgereicht. Das muss nicht heute geschehen. Es war auch nicht Ziel, dass das heute vorgelegt wird. Ich sage das nur, weil es eben im Raum stand. Das Gespräch fand erst am Dienstag statt, und es gab schon spezielle Fragen, bei denen man die Spezialisten noch einmal kontaktieren darf.

Ich habe noch zwei Wortmeldungen, Herrn Lohn und Herrn Hegemann.

Werner Lohn (CDU): Ich hatte eben gefragt, warum man ausgerechnet im Jahr 2020 100 Stellen zur Stärkung des ländlichen Raums kw stellt. Darauf hat der Minister geantwortet, das gehe an der Sache vorbei, tatsächlich werde die Personalstelle kontinuierlich aufgebaut – einmal in Kurzform wiedergegeben.

Herr Minister, ich darf Sie auf den Bericht der Expertenkommission, Seite 13, hinweisen. Da steht als Personalstärke im Jahr 2020 39.400 und als Personalstärke im Jahr 2027 37.500. Das sind genau 1.900 Planstellen weniger als vorher. Jetzt haben Sie danach einige zusätzliche Neueinstellungen vorgenommen. Die sind aber bei Weitem nicht ausreichend, dieses Saldo auszugleichen.

Um es in konkreten Zahlen zu sagen: Die Verluste im Jahr 2020 betragen minus 289, die im Jahr 2021 minus 632, die im Jahr 2022 minus 1.039, die im Jahr 2023 minus 1.331, 2024 minus 1.501, 2026 minus 1.526. Dann werden die Minuszahlen langsam kleiner. Von daher möchte ich der Wahrheit hier zumindest etwas auf die Sprünge helfen. Man muss mit Zahlen Gott sei Dank so umgehen, wie sie sind. Die kann man nicht interpretieren. Die muss man lesen und vortragen. – Danke schön.

Minister Ralf Jäger (MIK): Das wäre dann richtig, Herr Lohn, wenn Sie aus dem aktuellen Bericht vorlesen würden. Das ist der alte Bericht.

Werner Lohn (CDU): Was ist denn die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Bericht?

Minister Ralf Jäger (MIK): Die zusätzlichen Neueinstellungen, die wir bis 2023 verstetigt haben, Herr Lohn. – Ich habe doch vorhin schon gesagt: Wir stellen dem Ausschuss das gern noch einmal zur Verfügung. Sie sind nicht auf dem aktuellen Stand.

(Werner Lohn [CDU]: Mit den Neueinstellungen können Sie keine 2.000 Stellen Defizit ausgleichen!)

– Natürlich! Wir stellen Ihnen das Gutachten zur Verfügung.

(Staatssekretär Bernhard Nebe [MIK]: Wir schicken Ihnen das Gutachten, in dem dargelegt ist, wie sich die Zahlen entwickeln – mit steigenden Beamten ab 2020! Wir schicken Ihnen das noch einmal zu!)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Zugesichert ist, dass ein Bericht vorgelegt wird.

Staatssekretär Bernhard Nebe (MIK): Noch einmal! Wir schicken den alten Bericht noch einmal! Wir schicken Ihnen den Bericht, den wir Ihnen vorgelegt haben, zur Aktualisierung des Professor-Weibler-Gutachtens, in dem eindeutig dargelegt ist, wie sich die Zahlen entwickeln, nämlich ausgesprochen positiv, mit steigender Tendenz ab 2020. Das ist durch Herrn Stotko schon zutreffend dargestellt worden. Diesen Bericht schicken wir Ihnen gern noch einmal, damit er sich vielleicht einprägt!

Vorsitzender Daniel Sieveke: Dann schauen wir noch einmal in diesen Bericht hinein. Da können wir uns die Zahlen noch einmal anschauen. – Herr Hegemann und dann Herr Herrmann.

Lothar Hegemann (CDU): Ich weiß nicht, ob die Haushälterin die Frage beantworten kann. Zum Stichwort Neuanschaffung von 2.500 Maschinenpistolen! Bei der Entscheidung dafür hat der Minister gesagt, dass das ein Ausfluss der neuen Herausforderungen des Terrorismus ist. Ich frage einmal: Was für Waffen sind das? Sind sie leistungsgesteigert, oder sind das die alten MP5, die wir hatten? Dann wäre das ja keine Steigerung. Ich hoffe, dass die besser sind.

MDgt Wolfgang Düren (MIK): Es werden zusätzliche weitere MP5 angeschafft. Wir haben uns nach langer Abwägung entschlossen, an der alten Waffe festzuhalten, weil sie bekannt ist und weil wir einen zusätzlichen Bestand anschaffen, um zukünftig zwei MPs in den Streifenwagen mitzuführen. Erstens.

Zweitens zu der Frage: Ist die Leistungsfähigkeit ausreichend? – Das ist geprüft worden. Herr Heinen hat sich unter Beiziehung von Sachverstand selber davon überzeugt. Die MPs werden in Zukunft mit einer besonderen Munition verwandt, sodass der entsprechende taktische Zweck damit auch erreicht werden kann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Noch einmal die Frage zum Thema Förderprogramme zum Einsatz von E-Government in den Kommunen! Wie viele Fördergelder sind da vorgesehen, und an welcher Stelle sind sie zu finden? Bei den 25 Millionen € steht ja „Sachmittel“, also muss es etwas anderes sein.

Die Frage von eben, die Einnahmen aus Rückforderungen beim Thema Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge – ich denke, Rückforderungen von den Kommunen – blieb unbeantwortet. Oder welche Rückforderungen sind da gemeint?

Thomas Stotko (SPD): Es ist nicht so, dass ich die Antwort für die Regierung geben möchte. Ich will nur sagen: Als die Regierung den Haushalt aufgestellt hat, hat es unseren Antrag zur Förderung E-Government in den Kommunen noch nicht gegeben. Er kann also im Haushalt noch nicht drin sein. Die regierungstragenden Fraktionen diskutieren gerade Änderungsanträge zum Haushalt. Ein Gegenstand ist auch diese Position. Das war, glaube ich, eben der Punkt.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Ich glaube, die Antwort wollten Sie auch haben. Die kann ja nicht das Ministerium geben. Sie haben ja die regierungstragenden Fraktionen angesprochen, ob es einen Änderungsantrag gibt. – Herr Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Die Einnahmen aus Rückforderungen – Kapitel 03 030 Titel 633 50 und 681 10 – fließen den Mitteln des Titels zu, zweimal Landesmaßnahmen. Ich gehe davon aus, dass damit die Mittel gemeint sind, die die Kommunen im

Moment noch als Pauschale bekommen und wieder zurückgefordert werden. Die Zahl der Flüchtlinge ist ja sehr stark zurückgegangen. Deswegen gehe ich davon aus, dass dort Rückforderungen erhoben werden. Oder welche Rückforderungen sind hiermit gemeint – das ist meine Frage –, und in welcher Höhe sind sie dort eingerechnet oder werden erwartet?

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Das werden wir nachliefern.

Gregor Golland (CDU): Herr Düren hat gerade über die Maschinenpistolen berichtet. Soweit mir bekannt ist, haben die Munition 9x19 ACTION 4 mit einer grünen Markierung, also leichte, wenig durchschlagskräftige Geschosse. Die sind bisher bei der Polizei eingesetzt worden. Sie haben erwähnt, dass neue Munition gekauft wird: Was für eine Munition? Können Sie bitte die genaue Typbezeichnung und die Leistungsdaten dieser Munition nachliefern? Das muss nicht heute sein. Ich hätte gern schriftlich Auskunft darüber, inwieweit die durchschlagskräftiger ist als die bisherige und was das tatsächlich in der wirksamen Distanz dieser Waffe bedeutet. Sie ist ja immer noch nicht vergleichbar mit einer AK47 oder einem G36.

IdP Bernd Heinen (MIK): Die genaue Bezeichnung kann ich jetzt nicht liefern. Wir haben das Thema ja schon einmal angesprochen. Da haben Sie gesagt: „Auch unser Gegenüber wird eine Schutzweste tragen. Von daher ist die MP5, die wir zurzeit haben, nicht geeignet.“ – Das ist aber nicht eine Frage der Waffe, sondern eine Frage der Munition. Wir haben in unseren Versuchen festgestellt, dass wir durchaus Munition für die MP5 haben, die Schutzwesten der Klasse 1 durchschlagen kann. Wir sind zurzeit in der Erprobung.

Die MP5 in doppelter Ausstattung in den Streifenwagen wird, wie Herr Düren sagte, voraussichtlich zukünftig mit zwei unterschiedlichen Magazinen ausgestattet sein. Auf der einen Seite wollen wir die Weichkernmunition, die wir jetzt einsetzen, um nicht einen Durchschuss durch Personen und weitere Personen dahinter zu haben, und auf der anderen Seite wollen wir in T-Einsätzen eine andere Munition wegen der Schutzklasse 1 des Gegenübers. Wir werden wahrscheinlich mit unterschiedlichen Munitionsarten ausstatten. Das sind wir aber noch in den Überlegungen.

Ergänzend dazu: Die Maschinenpistole wird mit einer sogenannten HoloSight-Visierung ausgestattet. Das heißt, die Kolleginnen und Kollegen, die die Schutzweste der Schutzklasse 3+, die Kalaschnikow-Munition hält, tragen, werden nicht mehr über Kimme und Korn, wie Sie das aus den üblichen Bildern kennen, visieren, sondern ihr Ziel mit einer Punktvisierung anvisieren können.

(Zuruf: Wie beim G36?)

– Ja, wie beim G36! – Ich kann Ihnen aus persönlichen Erfahrungen versichern: Wir haben eine ungeheuer gute Trefferquote.

Das ist so die Entwicklung insgesamt. Aber bei der Detailmunition sind wir noch dabei.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wenn Sie das abschließend entschieden haben, wäre es ganz gut, wenn wir die Information bekämen. Wir treffen uns hier ja öfter. Wir sind nicht aus der Welt.

Werner Lohn (CDU): Direkt an den Minister gerichtet: In Zeiten des Internets wird die Dauer für einen Faktencheck immer kürzer. Sie haben eben gesagt, ab 2020 steigen die Personalzahlen kontinuierlich. Bezeichnenderweise hat Herr Düren als Abteilungsleiter Polizei diese Angabe so oder ähnlich auch im Untersuchungsausschuss gemacht. Sie sind definitiv falsch, denn nach Ihrer Ergänzungsvorlage aus Mai 2016, in der eben die zusätzlichen Einstellungszahlen schon berücksichtigt werden, heißt es, 2020 haben wir 39.813 Beamtinnen und Beamte, 2027 haben wir 37.923. Das sind die besagten 1.900 weniger, die ich eben schon einmal zitiert habe.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Das heißt für 2022 minus 235, 2023 minus 629, 2024 minus 923, 2025 minus 1.103, 2026 minus 1.126, 2027 minus 981, und dann werden die Minussalden langsam geringer. Ich hoffe, das reicht jetzt zur Wahrheitsfindung aus. – Danke.

MDgt Wolfgang Düren (MIK): Die Zahlen, die Sie da vorgetragen haben, hat Herr Professor Weibler in dem Expertengutachten zusammengestellt. Die Zahlen basieren auf den bis dahin parlamentarisch beschlossenen Einstellungsermächtigungen. Dann müsste da auch drinstehen: Wir haben in den vergangenen Jahren im Schnitt 1.500 eingestellt. Dann hat es aufgrund der Terroranschläge in Paris eine Erhöhung auf 1.620 für drei Jahre gegeben. Danach fällt die Einstellungsquote in den Weibler-Prognosen zurück auf 1.500. Tatsächlich haben wir im Jahr 2016 nicht 1.500 eingestellt, sondern knapp 1.900. Im nächsten Jahr werden laut Haushaltsplan 1.920 eingestellt. Die Landesregierung hat inzwischen beschlossen, ab 2018 2.000 Beamte einzustellen. Diese Zahlen sind in dem Weibler-Gutachten, in der Prognose noch nicht enthalten.

Insofern wird sich die Polizeistärke in den nächsten Jahren anders entwickeln, als im Weibler-Gutachten Nummer 1 dargestellt. Wir haben ergänzende Gutachten von Professor Weibler eingeholt, die wir noch einmal geprüft haben. Darüber hinaus hat sich das überholt mit der politischen Entscheidung der Landesregierung, ab 2018 2.000 Beamte einzustellen. Wenn man das projiziert, kommt man auf einen Zuwachs der Polizei spätestens ab 2020. Die Polizeistärke wird bis spätestens 2025 auf circa 41.000 wachsen.

Rückblickend ist die Polizeistärke vom Jahr 2010 bis heute um 800 bis 900 Menschen angewachsen, die wir mehr haben, die wir in den letzten Jahren auch auf die Kreispolizeibehörden haben verteilen können. Aber bis die zusätzlichen Kräfte, die wir eingestellt haben, in den Jahren 2019/2020 in die Polizei kommen, wird die Polizeistärke in den nächsten Jahren stagnieren, in dem einen oder anderen Fall vielleicht auch um ein paar Köpfe zurückgehen. – Danke schön.

Werner Lohn (CDU): Noch einmal ganz in Kürze. Ich erinnere daran, dass sich der Minister eben auf genau dieses Papier bezogen hat, aus dem ich gerade als Zweites

zitiert habe, das uns zugestellt worden ist. Jetzt werden diese Zahlen wieder bestritten, und es wird angekündigt, es kommt demnächst eine neue Berechnung.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: Die haben Sie schon!)

Das ist die Berechnung von Mai 2016. Das ist das letzte, das ich hier gefunden habe. Darin hat es nur marginale Änderungen der Berechnungen aus dem Ergebnis der Expertenkommission gegeben.

Tun Sie mir einen Gefallen: Teilen Sie das, was Herr Düren gerade grob vorgetragen hat, noch einmal schriftlich mit, sodass man genau weiß, ab wann diese Zahlen berechnet sind und dass man es auch überprüfen kann.

Minister Ralf Jäger (MIK): Das erhält der gesamte Ausschuss, und ich persönlich schicke Ihnen noch mal ein Exemplar mit einem roten Schleifchen darum herum.

Lothar Hegemann (CDU): Der Kollege Kruse hat nach einem Betriebskostenzuschuss IT für die Landtagspräsidentin gefragt. Das ist nicht beantwortet.

(Zuruf)

– Das ist beantwortet worden?

(Zuruf)

– Dann wiederholen Sie das einmal! Ich habe das nie gehört!

MR'in Ursula Steinhauer (MIK): Das war Zensus und Erhöhung Besoldungs- und Tarifbereich. Das macht diese 5 Millionen € aus.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Trotzdem ist es wichtig, eine Frage noch einmal zu stellen, wenn das Gefühl vorhanden ist, sie ist nicht beantwortet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Also können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen.